

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 22. März 2012

Antrags-Nr. 12-F-08-0035

Informationsfreiheitsatzung für Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 05.03.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Landeshauptstadt Wiesbaden (Informationsfreiheitsatzung) sowie die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten der Landeshauptstadt Wiesbaden (Verwaltungskostensatzung) werden beschlossen.

Beschluss Nr. 0153

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 05.03.2012 betr.

Informationsfreiheitsatzung für Wiesbaden

wird einschließlich des Änderungsantrages der Bürgerliste Wiesbaden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration und den Ältestenausschuss überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration mit der Bitte um weitere Veranlassung
Wiesbaden, .03.2012
2. Dem Vorsitzenden des Ältestenausschusses mit der Bitte um weitere Veranlassung
3. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung
Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -
Wiesbaden, .03.2012

Dezernate I + II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister